blick punkt

Nr. 240
Dezember 1990

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Ein Trauerspiel

Es waren keine Kleinigkeiten die in der letzten Parlamentssitzung des Jahres in Mörfelden-Walldorf beschlossen wurden. Es drehte sich alles um den Haushaltsplan für 1991, mit all seinen Folgen. Für die zur Zeit laufenden großen Bauvorhaben, wie Erweiterung und Erneuerung der Mörfelder Kläranlagen, das Altenwohn- und Pflegeheim, aber auch der Wiederaufbau des Waldenserhofes und die Zuschüsse der Stadt für Sozialwohnungen, müssen weitere Kredite aufgenommen werden. War der Schuldenstand vor drei Jahren, nämlich am 31.12.1987, noch bei 21 Millionen, und betrug die Verschuldung damals pro Einwohner unserer Stadt 686,- DM, so wird am Ende des Jahres 1991 die Verschuldung auf 76 Millionen ansteigen, was einer pro Kopf Verschuldung von über 2.500,- DM gleichkommt.

Wenn man die drei größten Ausgabepakete betrachtet muß man sagen, daß diese notwendig sind. Die Abwässer müssen in Zukunft besser geklärt werden, unsere älteren Bürger haben ein Recht auf eine, den neusten Erkenntnissen entsprechenden, Altenwohn- und Pflegeeinrichtung und es müssen noch viel mehr Sozialwohnungen gebaut werden um der Wohnungsnot einigermaßen Herr zu werden.
Aber bei solchen Vorhaben werden die Gemeinden von Bund und Ländern weitgehendst im Stich gelassen.
Immer mehr Belastungen auch im sozialen Bereich kommen auf die Städte und Gemeinden zu, die diese auf die Bürger und Bürgerinnen abwälzen.

Der Haushaltsplan beinhaltet beträchtliche Belastungen für die Bürger unserer Stadt. So werden die Müllgebühren und die Abwassergebühren erheblich steigen. SPD und Grüne Bürgerliste zogen deshalb alle Register um diese Vorhaben in ein sozial, ökologisch und wirtschaftlich vernünftiges Mäntelchen zu hüllen. Dabei versäumten sie es nicht die Opposition, und hier ganz speziell die DKP-Fraktion, zu diffamieren, ja zu verleumden.
Andererseits konnte man sich auf Seiten der Koalition nicht dazu durchringen auch mal einzusehen, daß auch andere Fraktionen gute Vorschläge haben. Mit den fadenscheinigsten Begründungen wiegelte die Mehrheit ab, oder änderte den Beschluß so, daß es auf die lange Bank geschoben wurde. Auch wenn es sich manchmal nur um Kleinigkeiten handelte, wie das Renovieren von zwei Räumen im Bürgerhaus, oder die Verbesserung der Radwege und das Aufstellen von Radwegeschildern, wie von der DKP verlangt. Auch wurde der Antrag der DKP, endlich der CDU die Mietkosten von jährlich 41.000,. DM für Fraktionsräume zu streichen, von allen Fraktionen abgelehnt. Die CDU hat als einzige Partei in unserer Stadt solche Räume angemietet, als in der vorhergehenden Sitzungsperiode die Grüne Bürgerliste ihr mit einem Beschluß dazu verhalf.

Im übrigen roch die Sitzung sehr nach Landtagswahlkampf. Die Koalition aus SPD und GBL beschloß zwar Quantitäten an Schulden und Belastungen für die Bürger und Bürgerinnen, die Auftritte ihrer Redner ließen jedoch an Qualität sehr zu wünschen übrig, sodaß die Marathonsitzung mehr zu einem Trauerspiel wurde.

Heinz Hechler

Allen unseren Leserinnen und Lesern in Mörfelden und Walldorf wünschen wir erholsame Feiertage, Gesundheit und ein friedliches 1991!

DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

DKP-FRAKTION IN DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Die DKP beteiligte sich auch in unserer Stadt an der Hilfe für die in Not geratenen Sowjetbürger. Tagelang wurde organisiert und gepackt, die Pakete dann zu einem zentralen Sammelpunkt gefahren. Die Sendungen erreichten mittlerweile ihren Bestimmungsort - ein Veteranenheim bei Moskau.

Nachdenken über Hilfe

Hilfe für die Nächsten und für in Not geratene ist wichtig - weltweit. Wir können deshalb Solidaritätsaktionen der Kirchen und anderer Organisationen, die seit Jahren laufen, gar nicht hoch genug einschätzen.

Hilfe für die Sowjetunion gab es schon einmal in den zwanziger Jahren. Damals waren es die Folgen des Bürgerkrieges, die Intervention westlicher Armeen, die Hilfe notwendig machten. Arbeiterorganisationen, linke Intellektuelle riefen damals zur Hilfe auf.

Heute gibt es erneut eine Welle der Hilfsbereitschaft. Auch unser Stadtparlament hat auf Antrag der CDU 20.000 Mark zur Verfügung gestellt.

Bundeskanzler Kohl hat die Gründe für sein Engagement benannt. Es gelte die Perestroika zu retten. "Perestroika" - damit sollte der Sozialismus erneuert und attraktiver gemacht werden. Will Kohl einen erneuerten Sozialismus? Oder versteht er nicht die Perestroika als Abschaffung des Sozialismus?

Im Kalkül der Konservativen spielt auch diese Überlegung eine Rolle: Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik in eine gewaltige Paketaktion einsteigt, dann verfestigt sich tief die Botschaft: Sozialismus gleich Hunger und Chaos, Kapitalismus gleich Wohlstand und Ordnung.

Schließlich eine weitere Überlegung. Pro Tag - und das seit Jahren - verhungern 40.000 Kinder in der 3.Welt. Der Hunger rottet in Afrika ganze Völker aus. Das Engagement der Bundesregierung war und ist hier äußerst bescheiden. Was zu dem Schluß führen muß, so ganz unpolitisch, so ganz uneigennützig, so ganz ohne Hintergedanken ist die Kampagne nicht, die Kohl, ZDF, "Stern", "Bild" und andere organisieren.

Wir bedanken uns bei allen, die dem "blickpunkt" helfen.

Unser Konto:
Kreissparkasse
Groß-Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553

"Der Grund für unseren Einsatz am Golf ist viel alltäglicher: Geld und Öl - und wer die Kontrolle darüber ausübt"
Lee Hamilton, Vorsitzender des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten im US-Repräsentantenhaus.

("Spiegel"-Zitat)

Stoppt die Kriegsmaschine!
Stop the war machine!
Kein Blut für Öl!
No war for big oil!

"Ich glaube, er braucht einen Krieg." So urteilt Frankreichs Ex-Außenminister Claude Cheysson über den Kurs von US-Präsident Bush in der Golf-Krise. "Kein Tag geht vorüber, ohne daß Bush einen bevorstehenden Angriff auf den Irak ankündigt", warnt Claude Cheysson.

Es bleibt nicht bei verbaler Kraftmeierei, bei der Bush vor dem heimischen Publikum Saddam Hussein "Schläge in die Schnauze" androhte.

Das Golf-Pulverfaß ist prall gefüllt. Jeden Tag kann ein Funke alles zur Explosion bringen.

Man hat mittlerweile die Zahl der möglichen Opfer berechnet, - nicht im Computer-Planspiel - der Schmerz und die Tränen arabischer und amerikanischer Mütter und Ehefrauen.

Wir haben schon oft zu diesem Thema geschrieben, eine Schlußfolgerung kann garnicht genug wiederholt werden: "Es darf nur eine Verhandlungslösung geben! - Kein Blut für Öl!"

Der Kriegskurs des amerikanischen Präsidenten ist im eigenen Land umstritten.

Die katholischen Bischöfe warnen vor einem unübersehbaren Konflikt.

Amerikas Friedensbewegung erlebt nach einer langen Ruhephase wieder Auftrieb. Sie reicht, wie die "Frankfurter Allgemeine" feststellt, "in eine beunruhigte bürgerliche Mitte und sogar unerwartet in die Ränge rechtskoservativer Republikaner".

In unserem Land bereiten sich viele unterschiedliche Gruppen auf der "Tag X" vor. Auch in unserer Stadt gibt es Menschen, die darüber nachdenken, wie man Protestbewegung entwickelt, oder wie desertierten GIs geholfen werden kann.

Da wir unmittelbar an der US-Air Base wohnen, haben wir besondere Gründe über diese Frage nachzudenken.

Daß die Annexion Kuweits durch den Alleinherscher Saddam Hussein ein völkerrechtswidriger Akt war, ist unstrittig. Daß es am Golf aber weniger um Freiheit sondern vor allem ums Ölgeschäft geht, darf nicht vergessen werden.

ABGELEHNT !

Nachfolgenden Antrag stellte die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung am 11. Dezember 1990 zur Abstimmung. Er wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und GBL abgelehnt. Der Fraktionssprecher der GBL erklärte, seine Fraktion würde ja gern zustimmen, dies würden aber die "Koalitionsregularien" nicht zulassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Mörfelden-Walldorf gewährt den Erzieherinnen und Erziehern in den städtischen Kindertagesstätten rückwirkend ab 1. Juli 1990 200,- DM mehr pro Monat als außertarifliche Zulage bis zum Abschluß eines neuen Tarifvertrags, in dem eine angemessene Besserstellung aller im Erziehungsdienst Beschäftigten ihren Niederschlag findet.
Darüber hinaus wird den Vorschlägen und Forderungen der ÖTV-ErzieherInnengruppe Mörfelden-Walldorf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher umgehend entsprochen.

Dies betrifft die garantierte Aufnahme der Kinder des pädagogischen Personals in den entsprechenden Einrichtungen, zusätzlichen Miet- bzw. Fahrtkostenzuschuß, die generelle Einstellung von JahrespraktikantInnen als Drittkräfte, sowie Zuschüsse für berufliche Weiterqualifikation und Arbeitsplatzgarantie z. B. für Kinderpflegerinnen.
Außerdem sollte schnellstmöglich eine detaillierte Stellenbeschreibung für alle im Erziehungsdienst der Stadt Beschäftigten vorgenommen werden.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen werden im Haushaltsplan 1991 zunächst DM 200.000,- eingestellt.

Begründung:
Die Erzieherinnen und Erzieher in den städtischen Kindertagesstätten leisten eine wichtige gesellschaftliche Arbeit, die heute viel mehr Aufgaben umfaßt und größere Anforderungen an das Personal stellt, als dies früher der Fall war.

Die Bezahlung dieses verantwortungsvollen Berufs, der nach wie vor überwiegend von Frauen ausgeübt wird, ist dahinter weit zurückgeblieben.
Im Interesse der Kolleginnen und Kollegen und unserer Kinder ist daher schnelles Handeln angebracht, wo es um bessere Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven geht, auch und gerade wenn um einen neuen Tarifvertrag noch verhandelt wird.
Beispiele von Kommunen und Trägern der freien Wohlfahrtspflege gibt es schon mehrfach, so daß von einem Eingriff in die Tarifautonomie nicht die Rede sein kann.
Wir wollen, daß unsere Stadt sich an diesen Beispielen orientiert und damit in der Sozialpolitik ein Zeichen setzt.

Eltern, Erzieherinnen und Erzieher hiesiger Kindertagesstätten rückten Bürgermeister Brehl mit einer Protestaktion schon morgens früh auf die Pelle.
Auf dem Transparent: "Kinder sind unsere Zukunft - Kinder brauchen gute Betreuung - Gute Betreuung braucht gute Arbeitsbedingungen."

VORSCHLAG EINER NEUEN NATIONAL-HYMNE

"Hymne eines Landes, das gelernt hat"

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land.

Daß die Völker nicht erbleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.

Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein.

Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wir's
Und das liebste mag's uns scheinen
So wie andern Völkern ihrs.

Kinderhymne von Bertolt Brecht, 1950

Auf dem Kongreß "Das andere Deutschland" hat die Martin-Niemöller-Stiftung vorgeschlagen, diese Kinderhymne, die statt nationaler Überheblichkeit die Völkerfreundschaft propagiert, zur neuen Nationalhymne des geeinten Deutschland zu machen.

Aus dem STADT Parlament

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde der Haushaltsplan 1991 diskutiert. Die DKP lehnte den Haushalt ab - vor allem, weil darin enorme Gebührenerhöhungen festgeschrieben wurden.

In der Erklärung der DKP-Fraktion heißt es u.a.:

"Wir sehen die vorhandenen Mittel überwiegend richtig eingesetzt. Die Großprojekte in dieser Stadt wurden und werden von uns im Wesentlichen getragen, sie sind z.T. auch seit Jahren in unseren Kommunalprogrammen.
Daß wir trotzdem außerordentlich besorgt sind über Preisexplosionen, über bekannte und noch nicht bekannte Fehlleistungen - muß nicht extra ausformuliert werden.

Vor kurzem wurde gesagt, es sei ein "ökologischer und ein sozialer Haushalt". Angesichts der Gebührenerhöhungen könnte man sarkastisch formulieren: "Das einzig ROTE am Haushalt ist der angesetzte Rotstift, das einzig GRÜNE der Umschlag!" Das ist noch nicht einmal bös gemeint - die jeweils regierenden Kommunalpolitiker stekken nun mal in Sachzwängen, wenn das Geld fehlt für die Daseinsfürsorge. Nur - und hier unterscheiden wir uns sicher von den anderen - das muß man auch aussprechen - sonst ändert sich nie etwas."

CDU-Fraktionsräume - die Verschleuderung von Steuermitteln

Als einzige Partei in unserer Stadt besitzt die CDU eigene Fraktionsräume. Sie kosten dem Steuerzahler jährlich rd. 40.000 DM.

Die DKP-Fraktion erklärte hierzu in ihrer Haushaltsplanrede:

"Der lapidare aber mutlose Bürgermeister-Satz: "Laufzeit bis Ende '93 - keine rechtlichen Gründe für außerordentliche Kündigung" - ist für uns nicht diskutabel. Man soll es doch offen aussprechen - diese Regelung ist eine schwarzgrüne Altlast aus dem Jahre 1987. Damals war es noch eine beliebte Praxis der Parlamentsmehrheit, der SPD eins auszuwischen. Heute, bei anderen Mehrheitsverhältnissen, gibt es bei der GBL leider immer noch keinen Mut zur Selbstkritik und Korrektur.
Am 1. Januar 1991 steigt die Jahresmiete für's CDU-Büro um 2052,- Mark auf 20520,- Mark das ist eine Mieterhöhung von 11%. Dazu kommen dann noch die Nebenkosten.

Vor einiger Zeit meinte ein Sozialdemokrat: "Wir sind auch gegen die CDU-Büros, aber eine Koalition bringt halt Kompromisse." Wir meinen, das ist ein fauler Kompromiß. Vielleicht denkt man in der Koalition einmal darüber nach, wie diese Ungleichbehandlung beendet wird."

Außertarifliche Zulage für Erzieherinnen und Erzieher

"Die Argumente des Personalamtes und des Bürgermeisters halten wir für falsch. Natürlich - das stimmt - Verbesserungen muß es auch im Sozialbereich geben - aber die Erzieherinnen sind nun mal auf die Straße gegangen. Und klar ist auch - die Bezahlung dieses verantwortungsvollen Berufs ist nicht in Ordnung. Der eine oder andrere hochdotierte Rathaus-Beamte sollte einmal drüber nachdenken.

Wir können auch der Bürgermeister-Bemerkung nicht zustimmen, das wäre dann ein Eingriff in die Tarifautonomie. Der Tarifpartner ÖTV sieht's jedenfalls auch anders - und betrachtet die Erfolge der Aktionen im Ballungsgebiet als "Schritte in die richtige Richtung".

Gerade bei diesem Thema hatten wir eigentlich erwartet, daß Sozialdemokraten und die GBL über ihren Schatten springen würden.

Die Stadt hätte in der Sozialpolitik ein Zeichen setzen können. Wenn der Antrag abgelehnt wird - wird eine Chance vertan."

Durchgepeitschte Gebührenerhöhungen

Auch - wenn der Bürgermeister "leichtes Stirnrunzeln" bekommt (so stands jedenfalls am Freitag in der Presse) behaupten wir - diese Sache wurde nicht ausreichend diskutiert. Anders ausgedrückt - sie wurde zum Jahresende durchgepeitscht - damit die Rechnungen im Januar in den Computer kommen.
Nehmen wir mal die geplanten neuen Abwassergebühren. Die Berechnungsgrundlagen sind außerordentlich schwer durchschaubar, wir prophezeien, daß das Zahlen-Chaos und die Ermittlung der Gebühren noch großen Ärger machen werden. Wir werden auch das Gefühl nicht los - daß die Berechnungsgrundlagen der Flachdächer auf eine Begünstigung der industriellen Großhallenbesitzer hinausläuft. Man kann schließlich nicht einen ungepflasterten Hof in einem privaten Grundstück mit einem "Aldi"-Großdach gleichsetzen.
Interessanterweise gab es zu diesen Problemen im Umweltausschuß nur bei der DKP Fragen. Sonst interessenloses Schweigen.

Als vor einiger Zeit über Flächenversiegelung als Bewertungsmaßstab gesprochen wurde, waren wir nachdenklich. Endlich mal eine Möglichkeit die "Großen" zur Kasse zu bitten, dachten wir. Aber jetzt zeigt sich, herausgekommen ist erneut ein tiefer Griff ins Portemonnaie aller Bürgerinnen und Bürger. Der "Aldi" bezahlt's aus der Portokasse und gibt's an die Verbraucher weiter. Aber viele Bürgerinnen und Bürger können es nicht so einfach wegstecken.

In unserem "blickpunkt" schrieben wir: "Auch in unserer Stadt müssen viele den Pfennig zweimal umdrehen!" Das ist doch so, Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion?

Nach neuesten Auskünften gibt es 322 Menschen in unserer Stadt, die Sozialhilfe empfangen.
Es gibt den Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, es gibt die DGB-Berechnungen.
Da gibt es doch auch bei uns viele die von Gebührenerhöhungen hart getroffen werden.

Bleibt die Frage, ob man in der Koalition nicht darüber nachgedacht hat. Wahrscheinlich nicht - sonst würde man darüber reden.

Wir sind der festen Überzeugung, daß auch in unserer Stadt solche soziale Fragen künftig stärker beachtet werden müssen.

Wir geben Wallmann nicht recht, wenn er meint: Rot-Grün sei ein "erledigtes Modell".
Wenn jedoch die Gebührenpolitik weiter so betrieben wird, dann kann der Momper-Satz, ob's einem paßt oder nicht, auch bei uns greifen: "Rot-Grün ist ein Auslaufmodell".

Die CDU fiel auf die Nase

Die CDU-Fraktion hat am 3.12.1990 eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, in der behauptet wurde, die DKP und die PDS-Apolda hätte in einem hiesigen Kindergarten eine Versammlung abgehalten und auch noch übernachtet. Gleichzeitig stellte sie einen Antrag, in Mörfelden die Thälmannstraße umzubenennen. Der Straßenumbenennungsantrag wurde im Stadtparlament mit den Stimmen von SPD, GBL und DKP abgelehnt. Auch mit der "Anfrage" fiel die CDU fürchterlich auf die Nase. In der DKP-Erklärung wurde hierzu wie folgt Stellung genommen:

"Nun noch etwas zu einem "ganz wichtigen Haushaltsantrag". Ich meine den CDU-Antrag E 20. Umbenennung der Thälmannstraße.

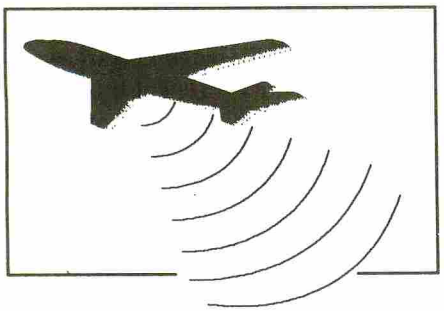
Wenn in der ehemaligen DDR die Straßennamen nach den Sozialisten Marx, Engels, Bebel und Liebknecht ausgetauscht werden gegen Hindenburg und Adenauer, da muß doch auch hier etwas zu machen sein! Also fängt man bei Thälmann an. Er wurde zwar im KZ Buchenwald von den Faschisten erschossen - aber ein toter Kommunist ist ja wohl auch noch ein Kommunist. Nur da hätten ja wir noch die Liebknechtstraße, vielleicht auch noch die Bebelstraße - wie wär's?

Das ist dann mal so eine richtig schöne schwarze Rache für die SPD-Karl-Marx-Eiche, die DKP-Friedenslinde, die Gedenksteine gegen Faschismus und Krieg. Ob in der CDU-Fraktion mal jemand nachgedacht hat, was man in Vitrolles oder Wageningen über solche Anträge denkt? Gern flechte ich hier auch eine Bemerkung ein über die ominöse CDU-Anfrage 16/324 "Nutzung der Kita durch PDS und DKP". Obwohl an dieser Anfrage nichts stimmt - anders ausgedrückt - alles erstunken und erlogen ist - muß man doch fragen - was wollen die Mini-McCarthys mit solchen Aktivitäten? Die Antwort ist einfach - gerade diese Anfrage - noch rechtzeitig vor der Wahl in der Presse - zielt natürlich in erster Linie auf die SPD - und da ist der CDU jedes Mittel recht.

Die CDU brüstet sich heute in kaum noch erträglicher selbstherrlicher Weise, als Sieger in Deutschland. Wer wenigstens ansatzweise Nachdenklichkeit erwartet - kann lange suchen.

Wie lange die schwarzen Hochgefühle währen, wie sicher das scheinbar Sichere ist, wird u.a. von der Politik der Opposition im Lande abhängen, die gegen den momentanen Rechtsdrall und den stärker werdenden sozialreaktionären Kurs Tritt fassen muß.

Alles wird teurer. Das Telefonieren, das Autofahren, das Wasser, der Müll, die Kanalgebühren. In Bonn machts die dortige CDU/FDP-Koalition - bei uns . . .



Die Träume von FAG und Fluggesellschaften sind unsere Alpträume!

Das Flugzeug ist - gemessen an seiner Transportleistung - das umweltschädlichste Transportmittel.
Der zivile Luftverkehr produziert in der BRD pro Jahr 19.000 t Stickoxide, 23.000 t Kohlenmonoxid und 4.000 t Kohlenwasserstoffe. Aus dem militärischen Luftverkehr stammt noch einmal etwa die gleiche Schadstoffmenge.
Je nach Schadstoffart werden zwischen 70 und 90 Prozent der Flugzeugabgase im bodennahen Bereich (bis 1.500 m Höhe), also rund um die Flughäfen, abgegeben!
In der mittleren und oberen Stratosphäre tragen die Stickoxide aus Flugzeugabgasen zum Abbau des UV-Filters Ozon bei. In der Troposphäre (bis 10 km Höhe) wird durch Kondensstreifen und Ozonzunahme der Treibhauseffekt verstärkt.

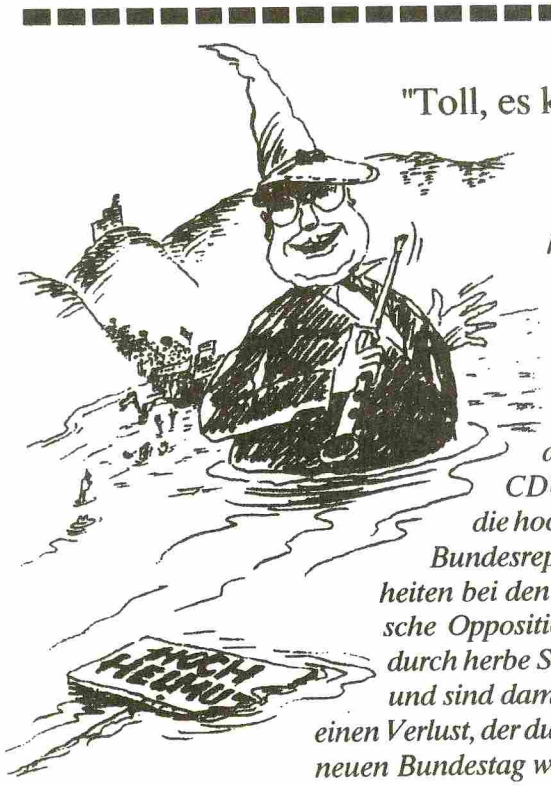
Zahlen machen deutlich, wohers kommt:
- 1984 wurden auf Rhein-Main 1.985.300 Kubikmeter Kerosin vertankt.
1989 waren es bereits 3.079.128 Kubikmeter!

Aus: "Grünes Kreisblatt"

Abgasmessung, Fehlanzeige!

Der Schub, der das Flugzeug antreibt, wird durch die Verbrennung eines Luftgasgemisches erzeugt. Als Treibstoff dient Kerosin, eine Art Dieseltreibstoff mit speziellen Zusätzen z.B. gegen Vereisung.
Wie bei jedem Verbrennungsmotor müssen auch hier regelmäßig die Zündkerzen ausgetauscht werden.
Bei dem anschließenden Triebwerkstest wird nur die Funktion der Triebwerke geprüft, eine Abgasmessung findet dabei nicht statt.
Auch der umfangreiche Test auf dem Triebwerksteststand dient nur der Leistungsprüfung des Triebwerkes. Zwar wird die Belastung in unterschiedlichen Betriebssituationen simuliert, aber eine Messung der produzierten Abgase gibt es auch hier nicht.
Im Unterschied zum Auto wird die Zusammensetzung und Menge der Abgase beim Flugzeug nur einmal bei der Zulassung des Prototypes gemessen. Ob und wie sich die Abgasqualität und -quantität des Triebwerkes während des Betriebes ändert, interessiert offensichtlich nicht mehr. In der Bundesrepublik gibt es lediglich an der Stuttgarter Technischen Universität einen Teststand, der aktuelle Emissionen von Triebwerken messen kann.
Da die Flugzeugtriebwerke auf die Hauptbelastung während der Startphase optimal eingestellt sind, produzieren sie vor allem bei Rollbewegungen am Boden unverhältnismäßig viel Abgase durch unverbrannte Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxid.
Beim Start hingegen wird vor allem Stickoxid produziert. Während des Starts und dem anschließenden Steigflug verbrennt ein solcher Jumbo 6500 Liter Kerosin innerhalb von 5 Minuten. Ein PKW könnte damit ca 100.000 km fahren. Entsprechend hoch fällt die Abgasmessung beim Jumbo auch aus. War die Luft vorher nicht belastet, so messen wir schlagartig Spitzenwerte von 250-315 parts per Billion Stickoxid pro Minute, wenn ein Jumbo startet.

Aus einer Sendung des hr ("Luftbelastung durch den Frankfurter Flughafen.")



"Toll, es klappt doch immer wieder . . ."

Die Parteien links von CDU und FDP haben zum Teil durch Wahlenthaltung potentieller Anhänger Verluste bei der Bundestagswahl hinnehmen müssen. Die DKP sieht nach den Wahlausgang schwere Zeiten für die arbeitenden Menschen und die sozial Schwachen heraufziehen. Erste Anzeichen, das der Satz stimmt: "Nach den Wahlen - zahlen!" gibt es täglich. Man spricht von Autobahngebühren, das Telefonieren soll teurer werden. Dabei kommt der vorprogrammierten Verschärfung eines sozialreaktionären Kurses im Inneren zugute, daß die FDP bei diesen Wahlen noch deutlicher gestärkt wurde als die CDU. Außenpolitisch ist für den in seinem Amt bestätigten Kanzler Kohl die hochexplosive Golffrage die nächste Gelegenheit, vorzuführen, wie sich die Bundesrepublik neue "Großmachtstiefel" anmißt. Widersprüche und Halbwahrheiten bei den Grünen trugen dazu bei, daß sie ihren Nimbus als radikaldemokratische Opposition weitgehend einbüßten. Die bitterste Folge: Im Westen blieben sie durch herbe Stimmenverluste unter der antidemokratischen Fünfprozentsperrklausel und sind damit im neuen gesamtdeutschen Parlament nicht vertreten. Das bedeutet einen Verlust, der durch den Fortbestand einer - noch dazu verkleinerten PDS-Vertretung im neuen Bundestag wahrscheinlich nicht ausgeglichen werden kann.

Ein Jahr Frauentreff e.V.

Am 20.11. fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des Vereins Frauentreff Mörfelden-Walldorf statt. Im Oktober 1989 war die Gründung gewesen, eine lange Auseinandersetzung um entsprechende Räumlichkeiten war vorausgegangen. Im Mai '89 beschlossen die Fraktionen von SPD, Grüner Bürgerliste und DKP den Frauen und Frauengruppen einen Raum mit Teeküche im "Goldenen Apfel" zur Verfügung zu stellen. Die DKP-Fraktion sah und sieht in diesem Beschluß einen ersten Schritt hin zum Frauenzentrum für unsere Stadt.
Viele Frauengruppen treffen sich regelmäßig im Frauentreff. Hier werden Informationen bereitgestellt, Veranstaltungen geplant und druchgeführt. Es gab Veranstaltungen zu Fragen der Rentenversicherung, Probleme von Frauen in den "Wechseljahren", Informationen über die ersten weiblichen Abgeordneten des Landes Hessen und zur Situation des Frauenhauses Groß-Gerau. Aber auch Folklore von Frauen und Diavorträge über Frauen in anderen Ländern standen auf dem Programm.

Kritisch eingeschätzt wurden die "offenen Treffs", die bisher nicht die gewünschte Beteiligung von Frauen fanden. Trotzdem soll der "offene Treff" am Freitag beibehalten werden. Der Verein finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Für die weitere erfolgreiche Arbeit ist der Verein auf zusätzliche fianzielle Mittel angewiesen. Die Öffentlichkeitsarbeit soll breiter angelegt, Veranstaltungen regelmäßig durchgeführt und mehr Themen angesprochen werden. Hierfür werden auch Referentinnen benötigt, die oft lange Anfahrtswege haben. Darüber hinaus soll auch die Kultur im Frauentreff nicht zu kurz kommen. Der Vorstand hat an den Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf daher den Antrag gestellt, dem Frauentreff finanzielle Mittel zu gewährleisten. Der Magistrat sollte der Bitte nachkommen, um eine wirksame Arbeit für die Interessen der Frauen nicht am Geld scheitern zu lassen.
Gewählt hat frau auf der Jahreshauptversammlung natürlich auch einen neuen Vorstand. Ellen Lutter, Erika Kirsch, Hanna Krapf, Gertrud Umstätter und Waltraud Träger gehören ihm an.
Der Verein kann auf eine erfolgreiches erstes Jahr zurückblicken.
Allen Frauen, die mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit und Bereitschaft dazu beigetragen haben, sei an dieser Stelle gedankt.
Für die weitere Arbeit viel Glück und nicht vergessen: "Auf die Dauer hilft nur Power."

Helga Fritz

Fragen 1990

Du sagst:
Der Sozialismus ist tot!
Ich frage Dich:
Sind denn Chancengleichheit
und soziale Gerechtigkeit
schon verwirklicht?
Oder sollen wir
unsere Träume
von einer besseren Zukunft
begraben?

Du sagst:
Was willst Du?
Es geht uns doch besser
als je zuvor!
Ich frage Dich:
Denken unsere Arbeitslosen,
unsere Obdachlosen,
unsere Sozialhilfeempfänger
ebenso?

Ich sage Dir:
Solange
nicht jeder Mensch
auf dieser Erde
ein menschenwürdiges Leben
führen kann,
darf
die Idee
des Sozialismus
nicht begraben werden!

Regine Weiß, Solingen

Sie rücken uns auf die Pelle

Auch unsere Stadt muß wachsam bleiben, sonst wird sie letztendlich doch noch von Frankfurt vereinnahmt. Schon im Januar ließ der Planungsdezernent Martin Wentz (SPD) in Frankfurt erkennen, daß der Umlandverband, dem die Stadt Mörfelden-Walldorf 1977 noch entrinnen konnte, noch nicht das letzte Ziel ist. Jetzt ließ er erneut die Katze aus dem Sack, indem er erklärte, daß die Rhein-Main-Region bis zum Jahre 2000 etwa 260.000 neue Wohnungen benötigt, für die 8000 ha Fläche gebracht werden. Der gesamte Umlandverband besitze aber nur eine Reserve von etwa 4000 ha für Wohnungen und Gewerbe - deswegen, so Wentz, müssen die Menschen zwangsläufig enger zusammenrücken. Er meint aber nicht nur verdichteten Wohnungsbau im Frankfurter Bereich, sondern spricht von einem "Großraum Frankfurt" mit insgesamt 3,1 Millionen Einwohnern.

Es ist deshalb notwendig, daß sich die noch selbständigen Gemeinden gegen solche Pläne massiv wehren. Wo bleiben bei solchen Plänen die Erholungsgebiete? Es geht nicht an, daß im Interesse der Wirtschaft immer mehr zugebaut wird. Das fängt beim Flughafen Frankfurt an und hört bei den modernen Bürokomplexen in Frankfurt auf, die ungeheure Flächen verbrauchen. Wentz sprach davon, daß für einen Dienstleistungsarbeitsplatz mit moderner Elektronik heute schon 45 qm benötigt werden und daß in der Region mit einem Bedarf von noch einmal 8 Millionen Quadratmeter Büros bis zum Jahre 2000 zu rechnen sei. Er sprach von einer überraschenden Mobilität der Dienstleistungs-Bürger. Schon 22% aller Frankfurter leben weniger als 5 Jahre in der Stadt.
So kehren in jedem Jahr 40000 Menschen dieser Stadt den Rücken, während etwa die gleich Zahl neu hinzuzieht. Der Sozialdemokrat Wentz hat anscheinend vollkommen den Blick für die Realität verloren, sonst müßte er feststellen, daß dies nicht der Wunsch dieser Bürger und Bürgerinnen ist, sondern daß nur die Großbetriebe solche Flexiblität wünschen und daß der Einzeln oft durch das sogenannte "hire und fire" (Heuern unf Feuern) betroffen ist.

Heinz Hechler

Stadtgeschichte

"Die alten Häuser noch, die alten Straßen noch . . .". Ein Bild von der Langener Straße in Mörfelden. Fotografiert vor vielen Jahrzehnten. Man sieht wie sich die Ansicht der Häuser und Straßen, gerade in den letzten Jahrzehnten verändert hat.
An den vier ersten kleinen Häuschen auf der rechten Seite und an dem zweiten auf der linken Seite, kann man erkennen in welchen bescheidenen Verhältnissen die oft kinderreichen Familien gelebt haben. Fast alle der vorderen Gebäude wurden abgerissen, oder aufgestockt, erweitert oder anders total verändert. Ganz links befinden sich heute die Schaufenster von Radio-Landau und an der Stelle der beiden nächsten Häuser wurde der viergeschossige Quadratbau errichtet, in dem die Groß-Gerauer Volksbank untergebracht ist. Früher war dort die Bäckerei Völker ("Bäcker-Lui").
Die Straße war noch durchgehend unbefestigt, so daß man an naßkalten Dezember-Tagen nicht mit sauberen Schuhen nach Hause kam. Im oberen Bereich der Langener Straße ist die, schon lange beseitigte Obstbaum-Allee, noch zu erkennen.

Jede Mark hilft dem "blickpunkt"!

Unser Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.